



Fragen an die SpitzenkandidatInnen der Nationalratswahl 2017

Für die kommende Regierung gilt es zu zeigen, dass sich Österreich als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft den globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen stellt. Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind dabei bedeutende Gestaltungselemente einer aktiven und solidarischen Außenpolitik, denn sie tragen zu sozialer und politischer Stabilität und globaler Gerechtigkeit bei.

Als Dachverbände der österreichischen NGOs in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe haben die AG Globale Verantwortung und die KOO den SpitzenkandidatInnen von sechs Parteien einen Fragekatalog zugeschickt, um mehr über deren Standpunkte und Pläne für die kommende Legislaturperiode in diesen Politikfeldern erfahren.

Die eingelangten Antworten sind unten im Originaltext zu finden.

Teil 3 von 5:

Politikkohärenz im Interesse Nachhaltiger Entwicklung:

Um ein menschenwürdiges Leben für Alle zu erreichen braucht es internationale Zusammenarbeit und eine effiziente Koordination verschiedener Politikbereiche. Es muss sichergestellt werden, dass Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit nicht durch Maßnahmen etwa in den Bereichen Steuern, Landwirtschaft, Handel oder Migration konterkariert werden. Die unterschiedlichen Politikbereiche sollten vielmehr so abgestimmt und gestaltet werden, dass sie entwicklungspolitische Zielsetzungen – wie sie in der 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung formuliert sind – unterstützen.

- a) Wie würden Sie sich dafür einsetzen, dass politische Entscheidungen keine negativen Auswirkungen auf entwicklungspolitische Ziele haben?**

SPÖ:

Entwicklungspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, ein Prinzip, das in Österreich durch das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz verankert ist. Um Politikkohärenz im Dienste der nachhaltigen Entwicklung zu stärken und zu verhindern, dass Initiativen dazu von anderen Politikbereichen untergraben werden, ist ein engmaschiger Austausch aller AkteurInnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene entscheidend, um strategische Planungsprozesse zu gewährleisten. Vorgaben wie das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, Landes- und Regionalstrategien oder thematisch-

strategischen Leitlinien sind unter allen relevanten AkteurInnen abzustimmen, wobei sie sich an einer entwicklungspolitischen Gesamtstrategie zu orientieren haben. Auch die Umsetzung der 2030Agenda wird ein besonders hohes Maß an Politikkohärenz erfordern, gleichzeitig bei dementsprechender ernst genommenen Umsetzung aber auch von sich aus erzeugen. Österreich nimmt deshalb an den Netzwerken für Politikkohärenz der EU und der OECD teil und bringt sich darin aktiv für die kohärente Umsetzung der SDGs ein.

Mittelfristig braucht es darüber hinaus Instrumente, die Kohärenz im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ermöglichen. Wie ist bei Interessenkonflikten umzugehen? Wer hat in welchem Politikbereich Entscheidungskompetenz? Dies sind nur zwei zentrale Fragen, für die wir durch das Einführen neuer Instrumente in Zukunft zu Lösungen kommen, welche die nachhaltige Entwicklung inner- und außerhalb der nationalen Grenzen befördert.

ÖVP:

Wie erwähnt handelt es sich bei EZA um eine breite Querschnittsmaterie, deren Ziele sich in jedem Politikbereich und in der Verantwortung jedes Ressorts inhaltlich widerspiegeln müssen. Dieser Verantwortung gilt es im Sinne einer kohärenten Politik aktiv nachzukommen, unter anderem in folgenden Bereichen: (siehe unten)

FPÖ

[keine Angabe]

Die Grünen:

Wir setzen uns auf europäischer sowie auf nationaler Ebene dafür ein, dass politische Entscheidungen wie beispielsweise bilaterale oder EU Handelsabkommen so gestaltet sind, dass sie entwicklungspolitische Ziele nicht konterkarieren. So drängt die EU vermehrt auf den Abschluss von Freihandelsabkommen, die europäischen Exporteuren neue Absatzmärkte erschließen sollen. Damit verbunden ist auch ein erleichterter Zugang für Unternehmen zu den Rohstoffmärkten der Entwicklungsländer. Wir setzen uns innerhalb der EU und in Österreich dafür ein, das Recht von Entwicklungsländern zu respektieren, Regeln für Exporte und Investitionen zu erlassen, die ihren wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedürfnissen entsprechen. Vor allem die europäische Handelspolitik muss auf mit den SDGs in Einklang gebracht werden. Die Abstimmung unterschiedlicher Politikbereiche ist unabdingbar für die Erreichung der SDGs.

NEOS:

Gänzlich wird das nie ganz sicherzustellen sein. Politik ist immer ein Ausgleich von Interessen und was gut für ein Ziel ist, wird oftmals suboptimal für ein anderes sein. Um Kohärenz im Bereich der Entwicklungspolitik zu schaffen, ist es für uns unerlässlich eine singuläre Zuständigkeit in der Regierung zu schaffen, einen eigenen Staatssekretär_in für Entwicklungszusammenarbeit. Denn gegenwärtig ist es so, dass die Kompetenzen- und Budgetverteilung zwischen Ministerien und vorgelagerten Institutionen (ADA, Entwicklungsbank) zu Intransparenz führen und auch zu Misstrauen zwischen diesen unterschiedlichen Playern. Ein Beispiel: Wäre der Aufsichtsrat nicht so eindeutig mehrheitlich

durch BMEIA-Beamten besetzt, könnte die ADA vielleicht tatsächlich wie eine Bundesagentur agieren, wie das eigentlich im Gesetz vorgesehen ist. Die mangelnde Kohärenz bei der Entwicklungspolitik ist also für uns in erster Linie auf einen Mangel an Leadership in dem Bereich zurückzuführen. Unserer Ansicht nach, wäre es auch eine Überlegung wert, das EZA-Préalable wieder einzuführen, um Führungskräfte, die sich speziell für Entwicklungspolitik interessieren auszubilden, statt die EZA im Außenministerium wie eine Strafkolonie zu behandeln.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Jedes Gesetz sollte vor der Verabschiedung auf die Auswirkungen auf Entwicklungsländer geprüft werden.

- b) Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um Transparenz über die Steuerleistungen multinationaler Unternehmen herzustellen und sicherzustellen, dass diese ihren fairen Beitrag leisten? Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie als notwendig, um Entwicklungsländer bei der Umsetzung fairer und progressiver Steuersysteme zu unterstützen?**

SPÖ:

Ein Prozent der Weltbevölkerung wird immer reicher, während 840 Mio. Menschen auf der Welt von weniger als zwei Euro am Tag leben müssen, viele davon Kinder. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, tritt die SPÖ seit jeher für Steuergerechtigkeit – auch im internationalen Rahmen – ein: Großkonzerne und Reiche müssen ihren fairen Beitrag leisten. Dazu müssen Steuerdumping verhindert und Briefkastenfirmen in Steuersümpfen geschlossen werden. Außerdem fordern wir einen Strafzuschlag für Gewinnverschiebungen sowie die transparente Ausweisung wirtschaftlicher Aktivitäten wie Umsätze und Steuerleistung von Großkonzernen. Durch enge internationale Kooperation können wir so für mehr Gerechtigkeit sorgen. Für die Umsetzung fairer und progressiver Steuersysteme in Entwicklungsländern ist die Erfüllung des SDG 16 entscheidend: In einem ersten Schritt gilt es, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und starke Institutionen zu fördern, um in einem zweiten Schritt die Etablierung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Systeme zu unterstützen. Die UNO schätzt, dass den so genannten Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden USD durch unsaubere Steuerpraktiken entgehen. Das sind Mittel, die für den Aufbau der Staaten unheimlich wichtig wären. Das Schlagwort der „domestic resource mobilisation“ kann ohne ein faires und transparentes Steuersystem nicht umgesetzt werden.

ÖVP:

- Für einen konsequenten Kampf gegen internationale Steuervermeidung und Steuerbetrug haben wir in unserem Programm mehrere Vorschläge gemacht. Beim Mehrwertsteuersystem wollen wir unter anderem ein Reverse-Charge-System einführen, bei dem die Umsatzsteuerschuld auf den Käufer übergeht. Die Steuervermeidung internationaler Großkonzerne im Online-Bereich wollen wir mit der Einführung der digitalen Betriebsstätten verhindern. Zudem sollten wir Überweisungen an Briefkastenfirmen in Steueroasen schlicht und einfach verbieten, entsprechende Strafen erhöhen und jene Personen, die den Mut haben, kriminelle Vorgänge an die Behörden zu melden („Whistleblower“), besser schützen. Zur besseren Umsetzung fairer Steuersysteme in Entwicklungsländern wollen wir speziell durch das Know-how und die Expertise unserer Behörden einen Beitrag leisten.

FPÖ:

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sollte gänzlich auf neue Beine gestellt und neu ausgerichtet werden. Wir sprechen uns nur dann für Entwicklungshilfeleistungen aus, wenn deren ordnungsgemäße Verwendung gewährleistet werden kann und effektive Kontrollmechanismen sicherstellen, dass österreichische Steuergelder nicht zur Finanzierung sinnloser Entwicklungshilfe-Bürokratie verwendet werden oder in kriminellen Kanälen versickern. Wenn sich die österreichische Bundesregierung für die Gewährung direkter Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit entscheidet, muss jedenfalls darauf geachtet werden, dass Budgethilfen an demokratische Regierungsführung gekoppelt und so konzipiert werden, dass sie entwicklungspolitisch nachhaltig wirksam sind und die richtigen Anreize setzen, um die Eigenverantwortung der Partner und die Arbeitsteilung mit anderen Gebern signifikant zu stärken. Budgethilfe hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Empfängerland eine starke, legitimierte und reformwillige Regierung hat.

Die Grünen:

Wir wollen, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Die unzähligen öffentlichen Skandale (Swiss Leaks, LuxLeaks, Panama Papers, Bahamas Papers usw.) haben den dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Wir Grüne treten für lückenlose Transparenz ein. - Öffentliches Firmenregister der wirtschaftlich Berechtigten: Alle wirtschaftlich Berechtigten müssen öffentlich und kostenlos abrufbar in ein Register eingetragen werden. Darüber hinaus müssen Jahresabschlüsse lückenlos und öffentlich zur Verfügung gestellt werden. - Öffentliche Berichtspflichten (Country by Country Reporting): Die Steuerbehörden tauschen künftig automatisch Informationen über die Einkünfte, die geleisteten Steuern oder Geschäftstätigkeit getrennt nach Staaten aus. Die Finanz weiß also künftig, in welcher Höhe und in welchem Land multinationale Konzerne Steuern leisten. Wir fordern, dass das Country by Country Reporting für alle öffentlich und kostenlos zugänglich ist. Zudem muss die Umsatzschwelle von berichtspflichtigen Unternehmen von 750 Mio Euro auf 40 Mio Euro herabgesetzt werden. - Veröffentlichung von Steuerdeals: Auch alle Steuerabsprachen zwischen nationalen Steuerbehörden und Konzernen sollen künftig unter den Steuerbehörden automatisch ausgetauscht werden. Wir fordern, dass diese Deals für alle öffentlich und kostenlos zugänglich sind. Neben der lückenlosen Transparenz ist eine einheitliche Bemessungsgrundlage in Verbindung mit Mindeststeuersätzen notwendig, um dem schädlichen Steuerdumping nach unten entgegenzuwirken. Entwicklungsländer sollen insbesondere bei der Implementierung von Firmen-Registern, Anti-Geldwäsche-Systemen und dem automatischen Informationsaustausch nach internationalen Standards finanziell und mit dem entsprechenden Know-How unterstützt werden. Das ist entscheidend, um alle gesetzlichen Lücken zu schließen und keine Ausweichmöglichkeiten zu bieten.

NEOS:

Das Steuerthema bei multinationalen ist bei uns auch eine europäische Herausforderung. Steuerflucht in Europa muss Einhalt geboten werden. Steuerfreiheit für Großkonzerne ist inakzeptabel. Allerdings müssen wir auch an den Standort Österreich denken und dass Unternehmen im Normalfall gegenwärtig sehr stark durch Abgaben belastet sind. Bei der Umsetzung fairer Steuersysteme in Entwicklungsländern gibt es wohl keine pauschale Antwort. Das kommt auf das Land und die Gegebenheiten dort an. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Knowledge transfer in diesem Bereich die beste Antwort ist. Auch hier dürfen wir auf unser Konzept der Partnerschaften zum Expertisentransfer verweisen. Im Falle von

Steuersystemen müsste man das auf nationalstaatliche Strukturen anpassen bzw. je nach Steuersystem des betreffenden Staates könnte man hier auch auf kommunaler Ebene unterstützen. Die Frage ist aber gar ein wenig allgemein und man müsste sich das von Fall zu Fall genauer anschauen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Um multinationale Akteure, die global agieren wirklich fair besteuern zu können, bräuchte es auch eine globale Steuerbehörde – die gibt es aber nicht. Aus unilateralen Maßnahmen ergeben sich leider meist eine Reihe von Problemen und auch weitere Ungerechtigkeiten. Wir brauchen also dringend eine internationale (europäische) Reform des internationalen Steuersystems. Ein Vorschlag wäre etwa, Gewinne einheitlich zu ermitteln und sodann die Besteuerung so zu verteilen, wie sie den Kunden bzw. Produktionsstätten des jeweiligen zu steuernden Unternehmens entspricht. Es muss aber grundsätzlich eine Verbesserung im Berichtswesen der Unternehmen und bei der Transparenz der gesamten Wertschöpfungsketten geben.

c) Welche Veränderungen in der österreichischen und europäischen Landwirtschaftspolitik bräuchte es Ihrer Meinung nach, um globale Ernährungssicherheit zu ermöglichen?

SPÖ:

Österreich hat im Rahmen der EU und auch auf bilateraler Ebene viele Handelsabkommen geschlossen. Wir müssen in Zukunft viel mehr darauf achten, dass wir durch diese die lokalen Märkte weder mit hochsubventionierten europäischen Produkten fluten (wie etwa mit Milchpulver, Hühnerfleisch oder Tomatenmark), noch dass wir den lokalen Bevölkerungen die Lebensgrundlage entziehen, wie es bei der Fischerei vor der westafrikanischen Küste der Fall ist.

Zusätzlich wird es notwendig sein, die gemeinsame Agrarpolitik der Union so zu erneuern, dass sie die Ernährungssouveränität unserer Handelspartner nicht gefährdet. Die Landwirtschaftspolitik ist ein wunderbares Beispiel dafür, dass Entwicklungspolitik in vielen Politikbereichen steckt und es wichtig ist, bei den darin Agierenden das entsprechende Bewusstsein zu schaffen, dass sie auch global Verantwortung zu tragen haben.

ÖVP:

- Der Einsatz für die faire Bezahlung aller Kleinbauernfamilien sowie Landarbeiterin Entwicklungsländern stellt für uns einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung dieser Länder dar. Faire Handelsstrukturen zu fördern ist entscheidend für die Ernährungssicherheit und zur Reduzierung von Armut. Wir wollen in Österreich das Bewusstsein der Konsumenten stärken, dass man durch den Kauf von fair gehandelten Produkten die Einhaltung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien sicherstellt und die Existenzgrundlage vor allem der Landbevölkerung sichert.

FPÖ:

Österreich sollte endlich hinsichtlich der Ernährung und Versorgung autark werden. Es gilt, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen und unsere heimischen, kleinen Bauern darin zu unterstützen. In dieser Hinsicht ist unseres Erachtens auch die derzeitige Europäische Agrarpolitik reformbedürftig.

Die Grünen:

Ernährungssouveränität beschreibt kein einheitliches Patentrezept, sondern ein Konzept zur Demokratisierung der Lebensmittelproduktion. Als solches muss es fortentwickelt und an sich verändernde und unterscheidenden Gegebenheiten angepasst werden. Wir Grünen sind der Ansicht, dass die kleinstrukturierte lokal angepasste und primär für die Region produzierende Landwirtschaft, die Landwirtschaft ist, die den Hunger der Welt nachhaltig stillen kann. Dafür müsste die europäische und die globale Agrarpolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Agrarpolitik gehört reguliert, das freie Spiel des Marktes führt sichtbar zu Marktversagen.

NEOS:

Seitens Europas müssen Zollhürden abgebaut werden, um auch Produzenten aus weniger entwickelten Regionen den Zutritt zum Markt zu ermöglichen. Das fördert den Aufbau von Strukturen und die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Systeme im globalen Süden. Ein erster Test kann hier das Ende der Zuckerquote in der EU sein: Momentan ist der Import von Zucker aus Zuckerrohr mit hohen Zöllen belegt. Hier muss man den Kleinbauern aus dem Süden den Marktzutritt erleichtern.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Es braucht eine massive Förderung lokaler Permakulturen mit einhergehender Direktvermarktung unter Einbeziehung der Verbraucher in Form von solidarischem Investment. Dies ist sowohl in Entwicklungsländern als auch in Österreich eine wichtige und sinnvolle Maßnahme.

Die unter Punkt 4a geforderte CO2 Steuer unter gleichzeitiger Entlastung CO2 armer Landwirtschaft fördert die regionale europäische Bewirtschaftung und Versorgung.

Durch die hohen EU-Agrarsubventionen können wir billige Produkte in Entwicklungsländer exportieren. Das zerstört dort den lokalen Markt. Hier braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen um entgegenzuwirken: Die Anreize zur Überschussproduktion reduzieren, keine forcierten Marktöffnungen in Entwicklungsländern, ein neuer Beschwerdemechanismus, welcher Beschwerden hinsichtlich unfairer Dumpingaktivitäten entgegennimmt, Unterstützung der lokalen Produktion, vor allem auch der kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Betriebe.

d) Wie sollte Migrationspolitik gestaltet werden, damit Sie zu globaler nachhaltiger Entwicklung beiträgt und welche Maßnahmen werden Sie treffen, um Ursachen von Vertreibung und Flucht zu bekämpfen?

SPÖ:

Vorweg: Der Entwicklungszusammenarbeit alleine aufbürden zu wollen, dass es zu keinerlei Migrationsbewegungen mehr kommt, ist unrealistisch und missbraucht sie für innenpolitisches Kleingeld. Menschen flüchten etwa wegen politischer Verfolgung auch aus Ländern, die gar keine Entwicklungsländer sind, gleichzeitig kann es auch dann, wenn Entwicklungszusammenarbeit gut greift, zu Naturkatastrophen kommen, die Menschen ihren bisherigen Lebensraum nehmen.

Konflikte, Klimawandel und der wachsende Mangel an Chancen, hervorgerufen durch ein wachsendes ökonomisches Ungleichgewicht, haben zur größten globalen Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Es gilt, illegale Wanderbewegungen zu stoppen und deren zugrundeliegende Ursachen an den Wurzeln zu bekämpfen – wo sinnvoll und möglich auch mit Methoden der Entwicklungszusammenarbeit.

Die SPÖ hat einen 7-Schritte-Plan vorgelegt, der einen klaren Plan zur Zusammenarbeit mit den Ländern Westafrikas vorsieht und einen Plan für Nordafrika zur Stärkung wirtschaftlicher Perspektiven fordert. Um beispielsweise eine Eindämmung der Klimaerwärmung zu erreichen, müssen die in der 2030 Agenda vereinbarten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sowie das Pariser Klimaabkommen umgesetzt werden.

ÖVP:

- Wo Menschen vor Ort Perspektiven haben, sinkt automatisch der Migrationsdruck nach Europa. Wir wollen daher gezielt die Hilfe vor Ort verstärken (siehe besonders Frage 3), damit Menschen dem Wunsch nach einem besseren Leben nicht mehr über die lebensgefährliche Flucht nach Europa folgen. Bei nach geltender Rechtslage bestehendem Asylgrund sollte ein Resettlement-System sicherstellen, dass wir gezielt den Schwächsten helfen – z.B. Frauen, Kindern – und nicht jenen, die stark genug sind, um über Schlepperkriminalität den gefährlichen und kostspieligen Weg nach Europa illegal hinter sich zu bringen.

FPÖ:

Migration ist unseres Erachtens auf dem Kontinent zu lösen, auf dem sie passiert. Entwicklungshilfe ist aus freiheitlicher Sicht zudem an die Bereitschaft der afrikanischen Staaten zu koppeln, ihre Staatsbürger, die illegal nach Europa einzuwandern versuchen, die in Europa strafrechtlich verurteilt wurden oder denen kein Asylstatus zugestanden wurde, unverzüglich und bedingungslos zurückzunehmen. Wir verlangen zudem, dass außereuropäische Asylwerber ihr Asylrecht ausschließlich auf ihrem Herkunftskontinent geltend machen, da auf jedem Kontinent ausreichend sichere Staaten existieren und behauptete Asylgründe nicht zum Mittel der Erzwingung einer dauerhaften Niederlassung in Europa missbraucht werden dürfen.

Die Grünen:

Für Migration braucht es ein harmonisiertes System innerhalb der EU, damit Migration zu Studien oder Arbeitszwecken nach fairen Kriterien ermöglicht wird. Um nachhaltig Fluchtursachen zu bekämpfen braucht es:

- Starke Einschränkung von Waffenhandel. Österreich und die EU Länder produzieren und verkaufen Waffen, mit denen woanders Kriege geführt werden. Diese produzieren Kriege und Fluchtbewegungen.
- Schaffung legaler Fluchtwege, um bezahlten Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen. 9 von 10 in der EU schutzsuchenden Menschen haben keine andere Möglichkeit als mit Schleppern nach Europa zu kommen. Wer sichere, legale Fluchtwege schafft, macht bezahlte Schlepper überflüssig.
- Gerechte EU-Handelspolitik. Nur so kann man Lebensgrundlagen z.B. in Afrika erhalten. Wenn wir als Europa mit subventionierten, und deshalb sehr billigen, Landwirtschaftsprodukten afrikanische Märkte nicht kaputt machen, dann haben Menschen dort auch ein Auskommen und müssen ihr Land nicht verlassen.

Gegen Fluchtursachen vorzugehen ist notwendig, gegen Menschen, die flüchten vorzugehen, zynisch.

NEOS:

Die Migrationspolitik ist ein sehr großes und sehr facettenreiches Thema. Fakt ist, dass die Flüchtlings“welle“ von 2015/16 keine singuläre Erscheinung war, sondern ein Vorgeschmack darauf, was uns in den nächsten Jahren blühen kann, wenn wir nicht beginnen, Maßnahmen zu setzen, die über den nächsten Wahltermin hinausgehen.

Während alle von „Vororthilfe“ und „Partnerschaften auf Augenhöhe“ und einem „Marshallplan für Afrika“ reden, ist meist nicht klar, was genau damit gemeint ist. Entwicklungszusammenarbeit wird heutzutage als ein Instrument gesehen, sich von Zuwanderung freizukaufen. Das ist nicht nur ein Irrtum, sondern ignorant. Keine Maßnahmen, die der Westen oder sonst jemand setzen würde, könnten Migration stoppen, das ist auch in niemandens Interesse. Das Ziel muss sein, Migrationsbewegungen, besonders die ganz großen, auf menschenwürdige Art und Weise und internationalem Recht genügend zu managen.

Daher sagt NEOS

1. Expertisentransfer und Infrastrukturinvestitionen statt Geldspenden in Ländern, die besonders von Abwanderung betroffen sind
2. Die EU braucht eine gemeinsame Migrationspolitik im Sinne der Blue Card+, die reformiert und an die gegenwärtigen Herausforderungen angepasst gehört.
3. Städtepartnerschaften zwischen europäischen Städten und Städten in Gebieten mit Entwicklungsbedarf zur Sicherstellung lebenswichtiger Services, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stabilisierung
4. Ein geeintes europäisches Vorgehen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Die Menschen, welche in Krisengebieten bleiben, sind oft ältere Menschen, Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderungen. Gerade aber diese verletzlichen Gruppen verdienen unseren Schutz und sollten durch einen Ausbau der resettlement-Programme die Möglichkeit haben, in einem sicheren Land zu leben.

Die meisten Menschen fliehen vor Krieg und Terror. Die Bekämpfung der Ursachen muss einen starken Fokus auf friedenssichernde Maßnahmen setzen. Um hier etwas bewegen zu können, braucht es internationale Allianzen. Um den Menschen vor Ort zu helfen, braucht es vor allem folgende drei Maßnahmen: Die Herstellung von Ernährungssicherheit, Bildungsmöglichkeiten und Berufschancen.

e) Wie würden Sie diese Bereiche im Regierungsprogramm verankern?

SPÖ:

Was Migration betrifft, die nachhaltig globale Entwicklung stärken soll, sind folgende Punkte in einem Regierungsprogramm vorstellbar: legale Migrationswege ermöglichen, Angebote der Ausbildung von ExpertInnen aus dem Süden mit gleichzeitigem Verhindern von Braindrain forcieren, realistische Bilder von Zielländern kommunizieren und Rücküberweisungen (Remittances) als faktische Größe für die Entwicklung der Länder des Globalen Südens erkennen.

Was die Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen betrifft, ist über folgende Punkte nachzudenken: Stufenplan zur Anhebung der ODA auf 0,7% bis 2030 wobei auf den Programmen in den bewährten Schwerpunktländern aufgesetzt werden soll und Projekte, die gebündelte Rücküberweisungen anreizen; Eindämmen der Klimaerwärmung (Finanzierungszusagen erfüllen); Stärken der Resilienz gegenüber externen Schocks; friedensfördernde Maßnahmen durch Stärken der Zivilgesellschaft und der freien Medien; Beiträge, die helfen, democratic governance und rule of law zu stärken, um allen auf der Erde zu deren Menschenrechten zu verhelfen.

ÖVP: [keine Angabe bzw. siehe oben]

FPÖ:

Regierungsprogramme entstehen nach Wahlen in Verhandlungen mit möglichen Koalitionspartnern.

Die Grünen:

Siehe 1c

NEOS: [keine Angabe]

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin): [keine Angabe]